



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 07.12.2017

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
am Dienstag, 12. Dezember 2017, um 17:00 Uhr,  
Bürgerhaus Kastel, Zehnthofstr. 41, 55252 Mainz-Kastel

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

### 1. Sachstandsbericht CityBahn Mainz-Wiesbaden

- Ergebnisse der Prüfung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit der Theodor-Heuss-Brücke
- Ergebnisse der Prüfung Statik Theodor-Heuss-Brücke
- Aktueller Planungsstand Vorschlagslinienführung
- Ergebnisse der standardisierten Nutzen-Kosten-Untersuchung
- Vorstellung geplante Bürgerbeteiligung

*- Es ist eine gemeinsame Beratung mit dem Verkehrsausschuss der Landeshauptstadt Mainz vorgesehen -*

### 2. 17-V-05-0010

DL 49/17-4

Stand des Projektes CityBahn

### 3. 17-F-05-0040

Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) Citybahn

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 5.12.2017 -

Der Magistrat (Dezernat IV/ESWE Verkehr) wurde in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Februar 2017 mit Beschluss Nr. 0069 (17-V-04-0004) beauftragt, die Machbarkeitsstudie sowie sämtliche dieser zu Grunde liegenden Studien und Gutachten zum Vorhaben Citybahn „Bad Schwalbach -Wiesbaden - Mainz“ im Detail sowie mit allen möglichen und geprüften Alternativen im Detail vorzulegen. Zahlen, Fakten, (Verkehrs-) Modelle, Prognosen, Berechnungen etc. sowie die Verkehrszellencharakteristik, die als Grundlage für das standardisierte Bewertungsverfahren herangezogen sind, ebenfalls vorzulegen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die in Beschluss Nr. 0069 benannten Zahlen und Auskünfte den Fraktionen unverzüglich und vollständig zur Verfügung stellen.
2. insbesondere folgende Informationen und Daten des Standardisierten Bewertungsverfahrens den Fraktionen zur Verfügung stellen:
  - a. die Aufwendungen für den Kapitaldienst,
  - b. die Kosten zum Erwerb von noch benötigten Grundstücken,
  - c. die Kosten zur etwaigen Entschädigung von Grundlasten,
  - d. die Kosten zur Verlegung von Anlagen Dritter (Leitungsverlegungen, Anpassungen von Straßenquerschnitten, Verlegung von Straßen und Wege, Wiederherstellung von Straßenoberflächen),
  - e. die Unfallfolgekosten,
  - f. die Investitionen für Lärmvorsorgemaßnahmen,
  - g. die Investitionen in Brandschutzeinrichtungen,
  - h. die Investitionen zur Herstellung des barrierefreien Zugangs,
  - i. die Personalkosten (Fahrpersonal, Kontroll- und Sicherheitspersonal, örtliche Personal), sowie deren Entwicklung vor dem Hintergrund der wegfallenden Busfahrerstellen,
  - j. die detaillierten Berechnungen der Reisezeitgewinne (Schüler/Erwachsene)
  - k. die Abschätzung der künftigen Nachfrageentwicklung für den Betrachtungszeitraum von 30 Jahren sowie
  - l. die Analyse der Parkplatzverfügbarkeit nach Verkehrszellen.

### 4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 7.11.2017

## 5. 17-F-08-0075

Neue Müllverbrennungsanlage

-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 06.12.2017-

Nach der Ausschreibung für die thermische Entsorgung von jährlich 70.000 Tonnen Restmüll durch die **MBA Wiesbaden GmbH (MBA)**, eine 100%-ige Tochter der Stadt, ist davon auszugehen, dass der Neubau einer Müllverbrennungsanlage auf Wiesbadener Stadtgebiet in Betracht gezogen wird.

Der Bau einer Müllverbrennungsanlage hat eine weitreichende Bedeutung für die Stadt, insbesondere im Hinblick auf den geplanten neuen Stadtteil Kalkofen/Ostfeld. Der Bau einer weiteren Müllverbrennungsanlage neben der stadtnahen Ingelheimer Aue würde nicht nur durch direkte Schadstoffe vor Ort die Luft belasten, sondern böte die Gefahr eines „Mülltourismus“ mit allen Belastungen eines erhöhten LKW-Aufkommens.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten:

- a. Wie ist der Sachstand bzgl. der Vorhaben zum Bau einer Müllverbrennungsanlage (MVA)?
- b. Gibt es im Bereich der LH Wiesbaden Grundstücke mit Planungsrecht nach Flächennutzungsplan für eine mögliche neue MVA, vor allem was die nötige Schornsteinhöhe von um die 100 m betrifft ?
- c. Könnte auf dem von der Stadt Wiesbaden mit Beschluss der StvV vom 16.2.2017 verkauften Grundstück (SV 17-V-80-2303) eine MVA errichtet werden?
- d. Falls ja: Waren dem Magistrat oder einzelnen seiner Mitglieder zum Zeitpunkt des Verkaufs dieses Grundstücks die Pläne zum Bau einer Müllverbrennungsanlage bekannt?
- e. Seit wann sind dem Magistrat bzw. den zuständigen Dezernaten Pläne zugunsten des Baus einer MVA bekannt?
- f. Wurden Unterlagen zu solchen Planungen seitens der Investoren bereits den dafür zuständigen Behörden eingereicht?

2. vor der Entscheidung zugunsten eines Entsorgers des Wiesbadener Restmülls eine umfassende Analyse der vorhandenen Kapazitäten in der Region vorzunehmen, insbesondere zu prüfen, ob die MVA auf der Ingelheimer Aue, an der die Stadt Wiesbaden über Gesellschaften mittelbar beteiligt ist, in der Lage wäre, den Wiesbadener Hausmüll aufzunehmen.
3. zu prüfen, mit welchen zusätzlichen Immissionen und zusätzlichen Verkehrsbelastungen zu rechnen wäre. Mit welchen Mindestkapazitäten würde eine solche Anlage operieren müssen, um wirtschaftlich sein zu können? Würde dies bedeuten, dass Müll aus anderen Gemeinden heran angeliefert werden müsste? Welche Belastungen würde dies mit sich bringen?
4. zu untersuchen, welche Potenziale es gibt, um die Restmüllmengen in Wiesbaden spürbar zu senken.
5. ein externes Gutachten über die Implikationen des Baus einer MVA beim Öko-Institut in Auftrag zu geben. Dabei wären alle umweltrelevanten und ökologischen Folgen für die Luftqualität, das Verkehrsaufkommen und die Klimaschutzziele zu prüfen, insbesondere im Hinblick auf die bereits jetzt besonders belasteten Stadtteile im möglichen Einzugsgebiet der Anlage.

Zu dem Berichtspunkt 1 wird auch um schriftliche Antwort gebeten.

6. **17-V-61-0003** **DL 48/17-12**  
Erhaltungssatzung gemäß § 172 BauGB und Gestaltungsfibel für den Ortsbezirk Medenbach
7. **17-V-61-0006** **DL 48/17-1 NÖ, 47/17-1**  
Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Nördlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Südost -  
Satzungsbeschluss -
8. **17-V-61-0008** **DL 48/17-2 NÖ, 47/17-2**  
Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Wohnen westlich des Schlossparks" im  
Ortsbezirk Biebrich - Satzungsbeschluss
9. **17-V-61-0036** **DL 53/17-5, 51/17-2 NÖ, 50/17-5**  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Quartier Kureck - 1. Änderung" im Ortsbezirk Nordost -  
Änderungs- und Entwurfsbeschluss -
10. **17-F-05-0029** **ANLAGEN**  
Fußgängerzone attraktivieren - Wiesbadens Einzelhandel stärken  
*- Antrag der FDP-Fraktion vom 05.09.2017 -*  
*- Änderungsantrag der Fraktion Linke&Piraten vom 14.9.2017 -*  
*- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.11.2017 (BP 0478) -*
11. **Verschiedenes**
12. **Neuwahl der/des Vorsitzenden**

## Tagesordnung II

1. **17-V-01-0047** **DL 53/17-1, 51/17-1 NÖ, 50/17-2**  
Museum für abstrakte Kunst; Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages
  
2. **17-V-05-0009** **DL 49/17-3**  
Plantrennungsrechnung 2018 der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH
  
3. **17-V-10-0013** **DL 48/17-2**  
Bürgerhaus Georg-Buch-Haus; Brandschutzsanierung - 2. Fluchtweg im Vereinshaus
  
4. **17-V-40-0018** **DL 48/17-7**  
Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule; Erweiterung der Mensa
  
5. **17-V-51-0033** **DL 48/17-9**  
Förderprogramm Soziale Stadtplus Schelmengraben: Neubau des Stadtteilzentrums -  
Ausführungsvorlage
  
6. **17-V-52-0006** **DL 53/17-6, 50/17-4**  
Dyckerhoff-Sporthalle Biebrich - Grundsatzvorlage zur Generalsanierung;  
Genehmigung 1. Bauabschnitt Brandschutz- und Dachsanierung
  
7. **17-V-63-0005** **DL 49/17-12**  
Rückgabe der Anerkennung "Prüfamts für Baustatik" an die Oberste Bauaufsichtsbehörde
  
8. **17-V-63-0006** **DL 53/17-1 NÖ**  
Bauantrag: Wiesbaden Südost, Mainzer Straße 158, Neubau Aldi-Markt  
- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 12.12.2017 -

9. **17-V-66-0218** **DL 48/17-13**  
B 455 Anbindung Neubaugebiet Bierstadt Nord
10. **17-V-66-0306** **DL 53/17-8**  
Erneuerung Busspur Schiersteiner Straße stadteinwärts  
*- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 12.12.2017 -*
11. **17-V-80-2339** **DL 47/17-3 NÖ**  
Verkauf des Baugrundstückes Friedrich-Naumann-Straße 4
12. **17-V-80-2344** **DL 50/17-1-NÖ**  
Realisierung der Projekte von Zwerg Nase und Lebenshilfe auf den Klinikerweiterungsflächen im Bereich der HSK

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler  
Vorsitzender